

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Bayaz (Grüne) auf dem Weg in den Bildungsnotstand

Streichorchester für Kitas und Schulen

Viele schütteln über die ehemalige grüne Bildungspartei nur noch den Kopf. Im Rottenburger Gemeinderat stimmte sie jedes Mal gegen die Gebührenfreiheit für Kitas mit dem Argument, man wolle mit den Milliarden des Bundes zuerst die Qualität verbessern. Jetzt enthüllt eine Studie des Deutschen Kita-Leitungskongresses, dass in 90 Prozent der Kitas im Ländle nicht einmal mehr die Aufsichtspflicht gewährleistet ist.

In jeder fünften Kita wächst der Berg an Überstunden und damit die Überlastung der pädagogischen Fachkräfte. Deshalb fordert die Bertelsmann-Stiftung bis 2030 eine Verdoppelung der Ausbildungskapazitäten. Grüne und CDU wimmeln jegliche Verantwortung mit dem Argument ab, das sei Alarmismus!

Das gilt wahrscheinlich auch für Ergänzungen, wo angesichts „plötzlich steigender“ Geburtenzahlen verzweifelt nach neuen Kita-Plätzen gesucht wird. Längst haben zahlreiche Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Deut-

scher Städtetag mit Unterstützung der SPD und der Linken eine Kindergrundsicherung gefordert, die auch die Gebührenfreiheit im ersten Entwicklungsabschnitt unserer Kinder beinhaltet. Denn hier werden die Grundlagen ge-

Stellen. Nach dieser Rechnung sind fast 5.800 Stellen allein für die steigenden Schülerzahlen dringend notwendig, denn die Geburtenzahlen sind nicht nur in Ergänzungen und Eckenweiler gestiegen.



In wenigen Jahren wird die Schülerzahl im Ländle um 100.000 auf 1,6 Mio. steigen! Ausserdem sind nach Angaben der Gewerkschaft GEW rund 4.800 Stellen für pädagogische Maßnahmen vorgesehen, die vom KuMi längst beschlossen wurden,

wie beispielsweise 1.165 Stellen für die Sprachförderung!

Schaut man sich jetzt den geplanten Landeshaushalt für 2022 an, so erschrickt man: Das KuMi hatte gut 2.000 Stellen für das nächste Jahr angemeldet, zum Beispiel um die Krankheitsreserve (Corona!) zu erhöhen, die Schulleitungen zu entlasten, Begleitpersonal für Behinderte (Inklusion) einzustellen, den Schülerzahlenanstieg abzufangen. All das ist für Finanzminister Bayaz (Grüne), dem neoliberalen Hardliner der Grünen, Schnee von

>>>

Und weiter:

S21 - Ein Loch ist im Bahnhof Seite 3

Allheilmittel Digitalisierung? Seite 5

Was zählt die Gesundheit der Bewohner ...? Seite 7

„Mission“ verfehlt Seite 9



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Gestern Genehmigt werden 160 Stellen zur Entlastung von Schulleitungen, 25 für Inklusion, 1.165 Stellen für Sprachunterricht werden „zunächst“ weiter finanziert. Mehr Krankenreserve: gestrichen. Corona findet nicht statt und Grundschullehrerinnen dürfen halt nicht schwanger werden. Insgesamt reicht das noch nicht einmal für den Zusatzbedarf von 250 Stellen wegen steigender Schülerzahlen, verschärft die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und erhöht den Stundenausfall an vielen Schulen, im Landkreis Tübingen besonders für Kunst und Physik wie an der Gemeinschaftsschule Ofterdingen.

Berufliche Schulen müssen die Bugwelle von Überstunden weiter vor sich herschieben. Die Betreuung der digitalen Medien wird weiterhin von überlasteten Lehrkräften geplant: „Wir können alles außer Internet!“

Von Seiten der GEW heißt es, die Landesregierung täusche Schulden nur vor, weil sie über Haushaltsreste von 6,3 Milliarden Euro, über Sondervermögen und Risikofonds in ähnlicher Höhe verfüge: „Die Schulden dienen als zentrales Argument, um dann eine Spar- und Kürzungspolitik durchzusetzen: gegen die Bildung, gegen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, gegen die Pflege, gegen Sozialleistungen.“ Zum Wohl unserer Kinder müssen

Gewerkschaften und Eltern gegen diese unverfrorene Kürzungspolitik der Grünen und Schwarzen gemeinsam aufstehen!

Ganztagsbaustelle

Ab 2025 gibt es für alle einen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder in den Grundschulen. Für die Kinder bedeutet das weniger Lernstress durch zusätzliche Angebote, mehr Unterstützung bei Hausaufgaben und Ausgleich durch Bewegung. insgesamt mehr Motivation. Für Eltern und damit besonders für Mütter wird dadurch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, das gilt besonders für Alleinerziehende.

Baden-Württemberg gehört mit seinem konservativen Frauenbild aus dem 19. Jahrhundert zusammen mit Bayern zu den Bundesländern mit dem geringsten Ganztagsangebot: Von 2.438 Grundschulen bieten nur 760 eine Nachmittagsbetreuung an, 22 Prozent der Lernenden werden dadurch erreicht. Nach neuen Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts muss die Landesregierung bis zum Schuljahr 2026/27 zusammen mit den Kommunen mindestens 54.000 neue Ganztagsplätze schaffen, weil die Zahl der Grundschüler im Ländle auf gut 450.000 steigt, ein Plus von 13 Prozent!

In der Vergangenheit hatte Kultusministerin Eisenmann (CDU) eine Milliardenförderung des Bundes für alle Bundesländer verschleppt, weil sie die Kosten ganz auf die Kommunen abwälzen wollte. Das ist ihr misslungen. Jetzt müssen eiligst 3.900 bis 8.400 Personen als pädagogisches Personal für 2.300 - 5.000 zusätzliche Stellen ausgebildet werden. Deshalb übte Gemeindetagspräsident Steffen Jäger scharfe Kritik an der Landesregierung:

„Solange die entscheidenden Fragen dazu noch nicht einmal ansatzweise geklärt sind, lehnen wir diesen Rechtsanspruch ab.“

Durch falsche Geburtenzahlen und Stellenplanungen hat die Landesregierung diese Situation selbst verschuldet, die Landesregierung wälzt unabdingbare Ausgaben auf nächste Generationen ab. Das kann man ihr nicht durchgehen lassen!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Der große CO2-Schwindel Kreisecke vom 28. September 2021)

Trotz niedriger Ölpreise ist der Benzinpreis in Deutschland auf ein Achtjahreshoch gestiegen - ein Ende ist nicht in Sicht. Hauptursache ist der neue Preis für CO2-Zertifikate von 25 Euro/Tonne ab Januar 2021. Er wird jedes Jahr um weitere fünf Euro erhöht.

Gestiegene Energiepreise (Gas, Heizöl, Benzin) wirken besonders auf niedrige Einkommen und auf alle Branchen! Allein fürs Tanken und Heizen zahlen Verbraucher über 12 Prozent mehr als im letzten Jahr. Obwohl Mieter keinen Einfluss auf die Wärmedämmung haben, müssen sie die Belastung allein tragen.

Angeblich dient alles dem EU-Klimaziel und der Senkung des hohen CO2-Ausstoßes, der bis 2030 um 55 Prozent sinken soll. Schon jetzt wird dieses Ziel verfehlt: Der gesamte CO2-Ausstoß ist im letzten Jahr trotz Corona-Pandemie der höchste seit 1990.

Dies verursachen vor allem Energiekonzerne wie RWE, das in der ersten Jahreshälfte 2021 schon mehr Strom aus Braunkohle als letztes Jahr produzierte. Hinzu kommen über 2.000 Betriebe, die von der EEG-Umlage „befreit“ sind, aber fast 20 Prozent der gesamten Energie in Deutschland verbrauchen. Dieses „Greenwashing“ bezahlen wir Privatverbraucher mit erhöhten CO2-Preisen für unsere Energie!

Bei uns füttert die grün-schwarze Landesregierung einen der größten Umweltverschmutzer im Ländle - den Zementproduzenten Holcim (Dotternhausen) - seit Jahren mit kostenlosen CO2-Zertifikaten in Höhe von Millionen Euro.

Der Konzern bestätigte, dass er 2019 insgesamt 1.378 Tonnen Kohlenmonoxid, 500.000 Tonnen Kohlendioxid, 265.000 Kilo Stickoxid und 707 Kilo Schwefeldioxid und aus der Müllver-

brennung Schadstoffe wie Cadmium, Quecksilber, Blei und Zink freisetzte.

Da Holcim sich weigert, seine 30 Jahre alten Filter durch neue, hocheffiziente Filter zu ersetzen, ziehen die giftigen Abgase entlang des Alb-Traufs über Balingen, Tübingen, Reutlingen bis nach Stuttgart. Das Tübinger Regierungspräsidium erlässt unzählige Ausnahmegenehmigungen, verlangt keine Umweltverträglichkeitsprüfungen und setzt alles daran, dass die Süderweiterung des Abbaus auf dem Plettenberg um weitere neun Hektar - vom Landratsamt Zollern-Alb bereits abgelehnt - jetzt doch genehmigt wird. Diese Zerstörung des Plettenbergs mithilfe des Regierungspräsidiums muss gestoppt werden:

Unsere Gesundheit und die Natur müssen Vorrang vor der Gewinn gier von Konzernen haben!

Dr. Emanuel Peter, Rottenburg

Ein Loch ist im Bahnhof

Ist Stuttgart 21 eine Nummer zu groß für die Bahn?

In der Nacht vom 16. zum 17. August krachten dicke Gesteinsbrocken aus der Bahnhofswand auf den zu dieser Zeit menschenleeren Bahnhofsvorplatz. Unschwer zu erkennen, dass es sich hier nicht nur um ein Problem der Fassade handelte, sondern dass tragende Elemente eingestürzt sind.

„Versehentlich“ sei bei Bauarbeiten die tragende Wand abgerissen worden, ganz nach dem Motto einer jahrzehntelangen Tradition, wie die Bahn den Bonatzbau nach und nach in eine Ruine verwandelt. Dies geschah wahrscheinlich genauso „versehentlich“, wie der Bahnhof „versehentlich“ zu klein geplant wurde und „versehentlich“ der Brandschutz vergessen wurde!

Das Loch in der Bahnhofsfassade hat die verärgerten Reisenden zu langen Umwegen gezwungen. Zunächst war das ganze historische Gebäude gesperrt, da die Bahn erst untersuchen wollte, ob statische Mängel auch an anderen Stellen vorlagen. Als klar war, dass die Schadensursache lokal gut einzugrenzen war, gab die Bahn die Schalterhalle und die Kopfbahnhofhalle wieder frei.

Sollte hier vielleicht eine Abbruchmethode ausprobiert werden, die ohne Abriss-Bagger auskommt? Ging es dem planenden arroganten, an Denkmalpflege-Projekten desinteressierten Architekten Ingenhoven möglicherweise darum, die ihn störende Natursteinmauer über der grandiosen Pfeilerhalle mit einem kalkulierten – leider bedauerlichen – Fehltritt loszuwerden und uns auf diese Weise einen „Neuen Bonatzbau“ zu präsentieren?

Was in den stark vergrößerten Bildern der „Ingenieure 22“ hinter dem Loch im Inneren des Gebäudes erkennbar wurde, konnten die Bauleitung und die hinzugezogenen Statiker nicht mehr verheimlichen: Ein das Dach über und hinter dem Arkadengang abstützender Betonträger war abgestürzt und hatte das Loch in die Fassade gerissen!

Fazit: Zu dem von Arno Luik diagnostizierten „Schaden in der Oberleitung“ der Bahn ist jetzt ein „Schaden in der Bauleitung“ hinzugekommen! Für die Bauleitung ist so ein beschönigend als Versehen etikettiertes Ereignis ein ka-

pitaler Bock, ein Versagen! Nicht auszumalen, dass es noch schlimmer hätte kommen können, wenn der Teileinsturz am Tag passiert wäre und nicht nachts um 3 Uhr, als kein Mensch auf der Baustelle oder an den Taxiständen zu Schaden gekommen ist.

Wenn das üble Loch wieder zugemauert, gewissermaßen kunstgestopft sein wird, wird die Fassade der Bahnhofsfassade, neben dem Bahnhofsturm die einzige, heute im Erscheinungsbild unveränderte Partie des bedeutenden Baudenkmals, künftig weiter durchlöchert werden, denn Architekt Ingenho-



ven hat geplant, dass über der Pfeilerhalle 25 Löcher entstehen sollen, weil er die zwei dahinter geplanten neuen Hotelstockwerke um mehrere Meter von der Fassade abrückt.

Gut zwei Wochen nach dem Fassadenabsturz am Bonatzbau wird im betroffenen Gebäudeteil noch nicht wieder gearbeitet. Man habe lediglich Maßnahmen getroffen, um weitere Schäden zu verhindern. „Wir haben die Schadensstelle gesichert. Dazu haben wir im Inneren Gerüsttürme eingebaut, die die Wände des Bonatzbaus zusätzlich stützen“, teilte ein Sprecher der Bahn mit. Als Nächstes stünden nun die Aufräumarbeiten an. „Im Bereich der Schadensstelle gibt es planmäßig aktuell keine Arbeiten“, so der Bahnsprecher weiter.

Der Unfall beschäftigt nun auch die Staatsanwaltschaft. Sie ermittelt wegen des Verdachts der Baugeschädigung. Der Paragraph 319 im Strafgesetzbuch, aufgrund dessen die Ermittlungen nun eingeleitet wurden, definiert die Baugeschädigung. Er besagt, dass geahndet wird, wenn „bei der Planung, Leitung oder Ausführung eines Baues oder des Abbruchs eines Bauwerks gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik“ verstoßen werde und „dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen gefährdet“ seien.

Der bekannte Stuttgarter Kunsthistoriker Matthias Roser äußerte sich wie folgt in der Kontextwochenzeitung über das Stuttgarter Bahnhofsgelände und dessen Erbauer Paul Bonatz (Auszug):

Nachdem das Bahnhofsgelände aufgrund der Abbruchmaßnahmen der Deutschen Bahn AG rund die Hälfte seiner Fassadenlänge eingebüßt hat und wesentliche Bauteile wie der Nordausgang und der Turm aus ihrem Zusammenhang gerissen wurden, wobei eine Unterführung und damit der Erhalt der Seitenflügel technisch möglich gewesen wäre, sollte wenigstens jetzt dem ehemaligen Wahrzeichen Stuttgarts ein klein wenig seiner Würde zugestanden werden.

Ich plädiere daher mit allem Nachdruck dafür, dieses barbarisch zur Ruine gemachte Meisterwerk in eine Reihe mit anderen ehemals würdevollen Stuttgarter Bauten zu stellen, wie dem Alten Lusthaus, dem Kaufhaus Schocken, dem Alten Steinhaus usw. Nur ein vollständiger Abbruch kann der Schöpfung des Stuttgarter Hauptbahnhofs noch ihre Würde retten und den Stuttgartern die ihre. Aber nicht einmal dazu werden die Verantwortlichen die Größe haben, und so kann man nur hoffen, dass sich der Bonatzbau selbst hilft und nach und nach weiter „von alleine“ einstürzt.

Immerhin haben sowohl die DB als auch namhafte Stuttgarter Architekten später ihren fatalen Irrtum erkannt, den Abriss der beiden Seitenflügel ohne triftigen Grund in Kauf zu nehmen.

Eins ist – einmal wieder – klar geworden: Das verkorkste, verstopfte, vermessene Bauvorhaben wird weiter – bundesweit – negative Schlagzeilen produzieren; es wird uns weiterhin viel Zündstoff für unseren Protest liefern.

Deshalb werden wir auch weiterhin

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2021

DIE LINKE Rottenburg dankt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihren großen Einsatz bei der Bundestagswahl 2021. Das Ergebnis ist aufgrund von eigenen Fehlern und dem taktischen Verhalten bei vielen Wählern

in dieser Anti-Laschet-Wahl sehr schlecht ausgefallen. Dass sich viele davon nicht entmutigen lassen, zeigt die Tatsache, dass **DIE LINKE** sich in der ersten Woche nach der Wahl über 4.000 Neueintritte freuen konnte. Wir verspre-

chen allen in Rottenburg und darüber hinaus, dass wir weiter für einen sozialen und ökologischen Neuanfang eintreten werden!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Ampel hält Kurs auf „weiter so“

Heike Hänsel, MdB, 22. Oktober 2021

Die Bundesrepublik wird voraussichtlich erstmalig in ihrer Geschichte von einer Ampelkoalition regiert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die neoliberale Politik der Großen Koalition fortgesetzt wird: Keine Umverteilung des Reichtums durch eine Vermögenssteuer, keine stärkere Belastung der Superreichen im Land, stattdessen Aufnahme von Milliardenkrediten, die am Ende wieder alle bezahlen. Keine mutige Reform der Renten- und Gesundheitssysteme zu Bürgerversicherungen, in die alle einzahlen, stattdessen mehr Risiko für den Einzelnen mit einer „Aktienrente“ und die Umbenennung von Hartz IV in das freundlichere „Bürgergeld“. Zwar soll der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht werden, jedoch bei gleichzeitiger Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes durch längere Arbeitszeiten und Ausweitung der Minijobs.

Man fragt sich, ob die SPD mit ihrem aktuellen Wahlprogramm überhaupt bei den Sondierungen dabei war? Auch

außenpolitisch ist wenig Änderung zu erwarten: Die SPD hat ihren Widerstand gegen die Beschaffung bewaffneter Drohnen schon aufgegeben, die Grünen sind auch mit dabei. Diese Drohnen werden aber nicht zur Landesverteidigung benötigt, sie sollen Auslandseinsätze der Bundeswehr „sicherer“ machen.



Von konkreter Abrüstung geschweige denn der Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrags ist bisher keine Rede. Auch der Afgha-

nistan-Einsatz soll nicht in Gänze in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden, nur in einer unverbindlichen Enquete-Kommission, die weniger Vollmachten

hat. Eine restriktivere Rüstungsexportpolitik soll auf EU-Ebene verschoben werden im Rahmen einer EU-Rüstungsexportverordnung. Damit wird sich auch nicht viel ändern, da andere Mitgliedsstaaten noch laxere Bestimmungen haben. Ohne Abrüstung und Entspannungspolitik wird aber auch kein effektiver Klimaschutz möglich sein, wenn man sich die Umweltzerstörung und CO₂-Emissionen durch Krieg, Rüstungsproduktion und Militärmanöver anschaut.

DIE LINKE ist leider durch viele eigene Fehler nur knapp in den Bundestag eingezogen. Damit endet auch mein Mandat in diesem Monat. Ich bedanke mich bei allen, die mir im Wahlkreis ihr Vertrauen über 16 Jahre lang geschenkt und mich in meiner politischen Arbeit unterstützt haben.

Mein Einsatz für eine solidarische Gesellschaft und eine aktive Friedenspolitik geht aber weiter, denn eine andere Welt ist möglich und nötig!

Steigende Energiepreise

Bundesregierung stellt sich taub

Die Energiepreise rasen momentan nach oben und treffen die sozial Schwächsten bis zu den mittleren Einkommen: Heizen, kochen und warm duschen wird für viele eine Fehlzanzeige oder mit überhöhten Kosten verbunden sein.

Die Bundesregierung lehnt jegliches Eingreifen ab, der „Markt“ soll's richten. Sie verschweigt dabei, dass ihr die wachsenden Steuereinkommen gerade willkommen sind. Denn mit jeder Erhöhung der Rohstoffpreise „verdient“ der Staat über die Mehrwert-

steuer mit. Beim Strompreis für private Haushalte hat der Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen um Gesamtpreis von 39 Prozent (2005) auf 51 Prozent zugenommen.

Nicht anders der Dieselpreis: Laut Heute-Nachrichten betrug er im Januar 2021 durchschnittlich noch 1,21 Euro, so jetzt 1,55 Euro. Der aktuelle Preis enthält 47 Cent Mineralölsteuer, 6-8 Cent EEG-Umlage und 25 Cent Mehrwertsteuer, **die Abgaben machen zusammen mehr als 50 Prozent aus. Und daran kann die Regierung nichts ändern?!**

Längst zahlt die französische Regierung ärmeren Haushalten 100 Euro als Ausgleich. **DIE LINKE** fordert, dass kein Strom oder Wasser abgesperrt werden darf – das sind Grundbedürfnisse für jeden!

Die Kreisecke der **LINKEN** (s. Seite 2) geht noch von niedrigen Ölpreisen aus, aber die Aussagen zum CO₂-Schwindel haben nichts an ihrer Gültigkeit verloren!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Dick wie ein XXL-Burger

Wo ist das Problem?

Entschuldigung! Ich wollte Sie nur ein wenig neugierig auf den Artikel machen, aber nicht in die Irre führen. Es soll nicht um eine gegrillte Scheibe aus Rinderhack gehen sondern um die Größe des Bundestags.

Nach der Bundestagswahl wurde von vielen äußerst despektierlich, ja herabsetzend über die Größe des Bundestags gelästert. Kritisiert wird nicht die Eignung der Abgeordneten sondern nur die Zahl der Abgeordneten. Gewiss, manche Zutaten im Parlament müssen einem nicht schmecken, Vom XXL-Parlament ist die Rede, von Massenparlament. Die Kritik an der Größe des Bundestags nähert sich gelegentlich antidemokratischer Hetze. Interessanterweise überschrieb Statista eine Grafik zur Sitzverteilung mit der Überschrift „... kein XXL-Bundestag“.

Wo ist das Problem?

Nähme man Demokratie ernst, müsste mindestens jeder „wahlberechtigte“ Bürger - wenn es so etwas wie Wahlberechtigung noch geben müsste - einen Parlamentssitz haben, jeder könnte sich selbst repräsentieren und mit seiner Stimme abstimmen ohne wenig verantwortlichen Zwischenträgern, genannt Abgeordnete, ausgeliefert zu sein, denn gem. Artikel 38 GG sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen *nicht gebunden* und *nur ihrem Gewissen unterworfen*. Eine solche direkte Demokratie ist nicht umsetzbar.

Auf die „Feinheiten“ des Wahlrechts soll hier nicht eingegangen werden. Dass in vielen Fällen ein Spannungsverhältnis zwischen Wahlrecht und Verfassungsrecht bestand, zeigten die jeweiligen Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Auch wann welche Parteien Änderungen des Wahlrechts forderten soll nicht Thema sein. Die Brisanz des Spannungsverhältnisses zwischen Wahlrecht und Verfassung besteht in der „Gefahr“ einer Wahlanfechtung und ggf. dem Zwang zu Neuwahlen mit all ihrem Ungemach.

Die Oppositionsfraktionen im Bundestag FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam im Februar 2021 beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle und einstweilige Verfügung gegen die Wahlrechtsreform 2020 gestellt. Ihrer Einschätzung nach verstößt das neue Wahlrecht gegen den Grundsatz der Normenklarheit und durch die Gewährung von drei ausgleichslosen Über-

hangmandaten gegen die Wahlrechts-gleichheit und die Chancengleichheit der Parteien. Man darf gespannt sein, welche Position FDP und Bündnis 90/Die Grünen als Wahlgewinner der Wahlen 2021 jetzt einnehmen werden.

Das Jammern über einen zu großen Bundestag ist nicht neu, dabei wird immer von der Richtgröße von 598 Abgeordneten ausgegangen. Der derzeitige Bundestag hat 736 Sitze (davon 138 Überhang- und Ausgleichsmandate) bei rund 60 Mio. (!) Wahlberechtigten. Vom Wahnsinn des deutschen Wahlrechts zu sprechen scheint mir doch reichlich übertrieben. Der vorausgehende Bundestag hatte 2020 709 Sitze. Diese 27 Sitze mehr machen - um es salopp auszudrücken - das Parlament auch



nicht viel fetter, wohl aber wird es etwas enger. Grund für die „Aufblähung“ sind die Überhangmandate für die CSU, die eine Vielzahl an Ausgleichsmandaten nach sich ziehen um Wahlgerechtigkeit im Sinne des Wahlrechts zu schaffen.

Warum Reformunfähigkeit?

Jede Partei hat ein Interesse daran, seine Einflussposition bei einer Wahlrechtsänderung zu stärken. Nimmt man die Regelungen des jetzigen Wahlrechts als Leitlinie müsste zur Verringerung der Sitze im Parlament eine Verringerung der 299 Wahlkreise einhergehen mit der Veränderung des Zuschnitts der Wahlkreise. Da das Wählerverhalten aber nicht überall gleich ist, kann es schon von Bedeutung sein, ob ein Wahlkreis überwiegend städtisch strukturiert ist oder eher ländlich. Bei der CSU wird eine Änderung auf wenig Gegenliebe stoßen.

Wenn man dem Parlament die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung zubilligt, dann ermöglichen viele Kontrollleu-

re eine dichtere Kontrolle. Je mehr Kontrolleure, desto mehr Demokratie. Bleibt natürlich die Frage, ob denn das Parlament die Regierung kontrolliert, die von der *Parlamentsmehrheit* gestützt wird. Kontrolliert wird die Regierung nicht vom Parlament sondern höchstens von der Opposition, die in der Minderheit ist und deren Einfluss auf politische Entscheidungen vom Wohlwollen der Mehrheit abhängt. Böse Stimmen sagen, dass Opposition nur Dekoration ist und diejenigen, die von den Wählern in die Opposition geschubst wurden, sagen: Opposition ist Mist.

Die Stärke eines Parlaments hängt nicht von der Zahl der Abgeordneten ab sondern von der Leistungsfähigkeit und dem Leistungswillen der Abgeordneten. Mehr Abgeordnete heißt nicht automatisch mehr Trägheit!

Manchmal kann man den Eindruck haben, dass das Verständnis von Parlamentarismus nicht ganz der Realität entspricht. Das hat alles sehr wenig mit der Größe des Bundestags zu tun. Die Effizienz des Bundestags hat viel mit der Arbeitsweise der Parlamentsverwaltung zu tun. Wie viele Abgeordnete mehr können von einer 3000 Mitarbeiter umfassenden Verwaltung „verwaltet“ werden?

Die Kritik an der Größe des Bundestags müsste sich an anderen Stellen festmachen, nicht an räumlichen, personellen und Kostenforderungen. Wofür werden Gelder bereitgestellt, deren Nutzen hinterfragt werden müsste?

Wenn die Größe des Bundestags kritisiert wird, dann wüsste ich noch ein paar Bereiche ,die beleuchtet werden könnten:

Fraktionszwang und Fraktionsdisziplin, Redezeitbeschränkungen, Verlagerung der „Parlamentsarbeit“ in nicht-öffentliche Ausschusssitzungen, anteilige Vertretung von Frauen, die 5%-Klausel, Ausweitung des Wahlrechts auf jüngere Wähler, Verhältnis von „Vertreter des ganzen Volkes“ und nur ihrem Gewissen unterworfen, die Notwendigkeit von sogenannten Nebentätigkeiten, das Einfluss der Parteien auf das „freie“ Mandat ...

Wir sollten uns davor hüten, uns von relativ belanglosen, aufgeblasenen Problemchen ablenken zu lassen und die brisanteren, überlebenswichtigen Themen auszublenden.

Norbert Kern, Wendelsheim

Hartz-IV-Erhöhung ist verfassungswidrig

Große Koalition missachtet Bundesverfassungsgericht

Anfang Oktober haben Bundesregierung und Bundesrat mit ihrer schwarz-roten Mehrheit beschlossen, die Hartz-IV-Regelsätze ab dem 1. Januar 2022 für alleinstehende Erwachsene und für Kinder zwischen 14 und 17 Jahren um drei Euro auf 449 Euro monatlich zu erhöhen, die anderen Kinder erhalten zwei Euro mehr!

Diese „Erhöhung“ ist nicht nur eine Erniedrigung von Millionen Hartz-IV-Beziehern und ein Armutszeugnis der noch amtierenden Regierung – sie verstößt schlicht gegen Grundsatzurteile des Bundesverfassungsgerichts (BVG). Das stellte die Darmstädter Jura-Professorin Anne Lenze im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes fest. Denn das BVG hatte bereits 2014 geurteilt, dass die Regelbedarfe bereits die unterste Grenze eines menschenwürdigen Existenzminimums darstellen und deshalb an die jeweilige Preisentwicklung angepasst werden müssen.

Die jetzige Erhöhung der Regelsätze um 0,76 Prozent widerspricht aber der aktuellen Preisentwicklung von 4,1 Prozent und führt besonders bei den gestiegenen Energiekosten für Heizung

und warmes Wasser zu unerträglichen Einschränkungen.

Breiter Protest

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert eine komplette Neuberechnung der Regelbedarfe. Insbesondere die zwei Euro für Kinder werden nichts an der wachsenden Armut von 2,6 Mio. Kindern ändern und verhindern eine echte gesellschaftliche Teilhabe, so Bundesgeschäftsführer Holger Hofmann. Ein starkes Bündnis von Paritätischem, ATTAC, VdK und weiteren elf Organisationen hat unter der Losung „Versteckte Kürzungen bei den Ärmsten stoppen – rote Linie bei Hartz IV und Co.“ Bundesarbeitsminister Heil aufgefordert, die Preissteigerungen zeitnah auszugleichen und nicht erst 2023, wie eine Sprecherin des Sozialministeriums verkündete.

Diesen Protest gegen die menschenverachtenden Hartz-Gesetze will die Ampel-Koalition jetzt mit dem schwammigen Begriff eines „Bürgergeldes“ beseitigen. Ob das gelingt, ist äußerst fraglich. Denn Hartz IV bedeutet ja nicht nur „Armut per Gesetz“, indem alle persönlichen Vorsor-

gen zuerst aufgebraucht werden müssen, bevor man einen Cent erhält.

Kern des politischen Schandflecks für die SPD und die Grünen ist der Zwang für Hartz-IV-Bezieher, jede beliebige Arbeit annehmen zu müssen – unter Androhung von Kürzungen des ohnehin knappen Geldes. Die Streichung des alten Zumutbarkeitsregel hat die komplette bisherige Berufsqualifikation und Erfahrung beseitigt und bei uns zum größten Niedriglohnsektor Europas geführt. „Arm trotz Arbeit“ heißt, dass viele Beschäftigte mit Werkverträgen oder als Leiharbeiter nicht einmal für ihre eigene Existenz aufkommen können und Hartz IV als Zusatz beantragen müssen. Das Sozialamt zahlt also das Geld (aus Steuern), was der Unternehmer nicht zahlen will.

So stellt die Caritas fest: Kinderarmut ist Einkommensarmut der Eltern. Deshalb brauchen wir nicht nur eine sofortige Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze, sondern eine elternunabhängige Kindergrundsicherung und eine Grundsicherung für jeden von 1.250 Euro.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Neues aus der Gartestroß 105

Der Holger Steinmetz, der wohnt bei mir in der Gartestroß 105, seit siebe Semäschterr. I hann für den Studiosus mei Garasch mit fließend Wasser reserviert, im Souterrai, aber wirklich nett schlecht und mit komfortabler Nasszelle, fascht koin Schimmel. Er studiert, des verzeelt der jedefall, obe im Schadeweiler bei de Förster und Jäger. Sei Fach, wo der studiert, nennt der Kerle Regionalmänätschment oder so. Koi Ahnung, was des isch.

Noili hann i mit dem Kerle über der Boris gschwätzt, wäge der neu Bewerbung fürs Amt vom OB in Tibinge. Sie, do isch der schiergar ausgraschtet, ob i no alle beisamme hääb, der Boris, so an Raschisst ond Dauerwellelokkkopf, den könnt mer doch nemme wähle ohne rot az`lauffe, die Brükk überd Steinlach, des sei doch wohl an schlächter Witz, Verkehrschaos vom Bahnhoff bis nach Lustnau.

Die Grüne sottet in der Hölderlinmetro lieber glotze, ob se nett was Gscheiteres hänn zomm wähle. Mei Holger moimt, sogar onser Neher tät des in Tibinge als OB besser mache wie der Mybritt-Illner-Spezie. Aber der Neher hat sich allmählich warmregiert in Raudeburg, die Grüne Schätzle folget em halt still und folgsam, die SPD leckt ihm mit Monsignore Steuer seine Gucci-Schlapper, und die Freie Bürgerach du liebs Herrgöttle, die sind so frei ond hänn koi Meinung, wemm`er`s genau nimmt!

Dr Stephan, dr Neher isch uff Brautschow, scho länger, seit

vielen Jahren, und des macht`s öübersichtlich, au mit seine viele Butzzewargele. Gschickt, wirklich gschickt isch jetzt bloß, dass die SPD-Nohr endlich `s Handtuch gschmisst hott. Die hott im Gemeinderat immer `s letzte Wort sich gnomme, vaterländisch, mütterlich, genderös ond überhaupt. Des Fränkisch, was die gschwätzt hott, des war scho ebbes Fremdländdisches für Raudeburg, do hosch Nochiilfe bei der VHS braucht.

Aber mol ehrlich, dass die Linke beim Bundestag so abgeschifft send, des isch scho nemme normal, auch in Raudeburg, dabei hott der Emanuel Peter am Bahnhoff so viele Blättle, Bepper ond Uffkläber verteilt, an dem kos gwies et liege.

Aber noch der Wahl isch vor der Wahl – onds Wiedmann-Schätzle hotts grad no mal gschafft. Ond wenn Se mi froget – aber Sie froget ja gar net – mir isch`s grad recht. Der Holger, der sagt zur Bundestagswahl gar nix me, er isch verstockt und will mir die Schuld an der Ampel gää. Dabei sottet mir alle dem Schöpfer uff Kniee danke, dass der Laschet wenigstens den Rot-rot-grünen Alptraum mit Sokke verhindert hat.

Was soll mer sage? Herr schmeiß Hirn, in Raudeburg und Berlin na, Obend wird es alloi!

MfG Schlotterbeck

Allheilmittel Digitalisierung ?

„Smart-City, Smart Home, Smart Farming ...“

Kürzlich hat Michael Bay (CDU) in der Rathaus-Runde für Rottenburg als „Smart-City“ geworben, um die Stadt durch eine „gesamtheitliche Digitalisierungsstrategie (...) effizienter, technologisch fortschrittlicher und damit klimaschonender“ zu machen. Bay setzt damit die Absicht der Landesregierung um, Baden-Württemberg zum Marktführer in Sachen Digitalisierung zu machen.

Heilbronn hat jetzt den Zuschlag für einen „Innovationspark Künstliche Intelligenz“ erhalten, gefördert mit 50 Mio. Euro Steuergeldern. In Rottenburg wird aktuell die Breitbandinfrastruktur massiv ausgebaut, um Ortschaften und die öffentlichen Schulen zu verkabeln. Die rund sechs Mio. Euro für den Breitbandausbau in Kernstadt und Teilorten sind durch Fördermittel von Bund und Land bis auf die Lizenzgebühren und neue EDV-Geräte von etwa 1,2 Mio. Euro gedeckt.

Für die Schulen zahlt die Landesregierung nur eine Anschubfinanzierung und zwingt die Stadt, alle fünf Jahre sämtliche Apparate für alle Schulen neu zu kaufen. **Seit drei Jahren verweigert Stuttgart eine Vereinbarung mit den Kommunen über die langfristige Finanzierung und versucht, die Millionen-Beträge auf sie abzuwälzen.**

Digitale Umweltzerstörung

Es sind nicht nur die Finanzen ein Problem. In der Medizin, bei komplizierten Rechenvorgängen (Vorhersagen) oder Betriebsabläufen mag digitale Technik sinnvoll sein. Aber der große Rummel für eine Digitalisierung in allen Lebensbereichen hat mehrere Schattenseiten und hat mit der Bekämpfung des Klimawandels schon gar nichts zu tun.

Im Gegenteil: Eine umfangreiche Recherche legt offen, dass die Herstellung von Milliarden Endgeräten für den Datentransfer einen dreimal so großen „ökologischen Fußabdruck“ bei Wasser, Energie und Rohstoffen hat als ganz Frankreich oder Großbritannien. Schon jetzt verursachen die digitalen Technologien fast vier Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes – doppelt so viel wie der zivile Luftverkehr der gesamten Welt (Le Monde diplomatique, Oktober 2021).

Eine Sonderrolle spielen dabei Rechenzentren, die täglich 2,5 Trillionen neue Byte verarbeiten. Aber das sehen wir nicht, weil Produktion und Datenverarbeitung in fernen Ländern stattfindet.

Das weltweit größte Rechenzentrum befindet sich südlich von Peking/China auf 600.000 qm Grundfläche. Die Anlage muss 24 Stunden, also rund um die Uhr, mit Strom und Wasser (für die Kühlung) versorgt werden. Um die Daten gegen Piraterie und Black Outs zu sichern, bewahrt zum Beispiel Google e-Mail Kopien an sechs verschiedenen Orten auf mehreren Kontinenten in „Spiegel-Servern“ auf. In Paris wird bereits ein Drittel des gesamten Stroms von Rechenzentren verbraucht, der im Wesentlichen aus Kohle produziert wird. Amazon Web Services expandiert seit 2017 im Großraum Paris und hat einen Stromliefervertrag über 155 Megawatt abgeschlossen. Das entspricht dem Verbrauch einer Stadt mit mehreren Millionen Einwohnern. Die deutschen Rechenzentren verbrauchen aktuell so viel Strom wie unsere Hauptstadt Berlin.

Die Idee einer „Smart City“ beruht auf einer vollständigen Normierung des sozialen Wohlerhaltens, Denkens und Handelns der Einwohner durch digitale Kontrolle, die in den Händen von ein paar Konzernen stattfindet und ganze Regierungen ausschaltet. Chinas System der „Sozialkredite“ ist dafür die Blaupause! Bei E-Scootern werden alle Daten der Nutzer wie Name, Adresse, Konto-Nummer, Bewegungsabläufe gespeichert, der E-Scooter-Anbieter Bird gibt diese Daten zu „Forschungs- und Vermarktungszwecken“ an Dritte weiter. Die Benutzung von Alexa wird in Polen ausgewertet. Das „autonome“ Fahren ist ohne 5G nicht zu leisten und wird den Bedarf an Rechenzentren um ein Vielfaches steigern.

Krebsgefahr steigt

Nicht nur der Strombedarf und der CO₂-Ausstoß werden stark steigen, auch die gesundheitlichen Schäden werden zunehmen. Eine wachsende Zahl wissenschaftlicher Studien deutet

darauf hin, dass die für den Mobilfunk genutzte elektromagnetische Hochfrequenzstrahlung (5G) die menschliche Gesundheit schädigen kann und etwa Krebs erzeugt oder den männlichen Samen schädigt. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz hatte bereits 2015 ergeben, dass Mobilfunkstrahlung die Ausbreitung von Tumoren im Körper von Mäusen erheblich beschleunigt. Die tumorerzeugende Wirkung der Hochfrequenzstrahlung bei Ratten wurde längst nachgewiesen und veranlasste 70 Ärzte in Baden-Württemberg 2019 zu einem offenen Appell an Ministerpräsident Kretschmann mit der Forderung nach einem Stopp für den Einsatz von 5G.

Bereits fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung leiden am Krankheitsbild Elektrohypersensibilität (EHS), das von Mobilfunk- und WLAN-Strahlung verursacht wird. Im Ärzte-Appell heißt es: „Zum Schutz der Bevölkerung brauchen wir WLAN-freie Schulen und ein 5G-Moratorium! Die Studien zu Fruchtbarkeitsschäden bei Männern durchs Smartphone in der Hosentasche sowie zur elektromagnetischen Hypersensibilität (EHS) müssen im Staatsministerium dringend auf den Tisch“. Doch die Grünen stellen sich taub!

Die schädliche Wirkung von Digitalmedien besonders in der frühen Entwicklungsphase von Kindern (Grundschulalter) hatte der Ulmer Neurologie-Professor Manfred Spitzer schon 2012 in „Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen“ nachgewiesen.

Wie mächtig Internetkonzerne und ihre Lobbyisten heute schon sind, zeigt sich darin, dass all diese Fakten totgeschwiegen oder lächerlich gemacht werden. Dazu tragen auch die beschönigenden Ausdrücke wie „Smart City“, „Smart Home“, „Smart Farming“ bei. Aber das Kultusministerium folgt mit dem Zwang zum Kauf von Digitalmedien lieber den Internet-Lobbyisten als ausreichend Lehrkräfte einzustellen. Darin sind sich Bayaz (Grüne) und Hoffmeister-Kraut (CDU) völlig einig.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Was zählen die Gesundheit der Bewohner und die Natur?

Widerstand gegen Erweiterung des Steinbruchs Frommenhausen

Nach langem Drängen vieler Bewohner aus Hirrlingen und Frommenhausen fand eine Veranstaltung mit einem Vertreter der Bau-Union in Hirrlingen statt. Denn die Firma hat beim Landratsamt einen Antrag auf Erweiterung der Abbaufläche des Steinbruchs eingereicht. Doch das ist erst der Anfang.

Die Bau-Union spricht von „mehreren Phasen“ in den nächsten zwanzig Jahre, um die geschätzten rund fünf Millionen Tonnen Muschelkalk für die Produktion von Beton und für den Straßenbau abzubauen. Laut Beschluss der Verwaltungsgemeinschaft Rottenburg, Hirrlingen u.a. vom 17.6.2021 verfügt die Bau-Union dann über ein Abbaugelände von insgesamt 16 Hektar.

Das ist jedoch nicht das Ende der Fahnenstange: Das Geoportal des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau enthält Einträge für den Rohstoff Kalk in großen Gebieten zwischen Wachendorf und Frommenhausen (über die L 392 hinausgehend) und zwischen Bietenhausen und Wachendorf, also beidseits der Starzel. Hinzu kommt noch ein Gebiet nördlich von Wachendorf entlang der Starzel an der Burgmühle.

Belastung der Anwohner

Schon jetzt fliehen Anwohner in den Urlaub, um dem Staub und dem Lärm zu entkommen. Denn die LKW donnern wochentags, auch samstags, ab halb sechs mit schepperndem Geräusch über eine zentrale Kreuzung, die Schulkinder auf dem Weg in die Grundschu-

le nur bei einer Abbau-Garantie für die nächsten Jahrzehnte erstellen lassen.

Die Bau-Union gibt die Belastung der Bevölkerung durch Staubemissionen beim Beladen zu und lässt die LKW – nach Beobachtung häufig ohne Planabdeckung - vor dem Verlassen des Schotterwerks mit Wasser aus der Starzel bewässern. Für den „Normalbürger“ gilt ein striktes Entnahmeverbot mit Strafandrohung.

Als „freiwillige Leistung“ der Firma wird die Hirrlinger Ortsdurchfahrt mehrmals wöchentlich gereinigt. Doch bei Sprengungen weht eine Staubwolke je nach Windrichtung nach Frommenhausen oder nach Hirrlingen. Wie gefährdet der Kapf-Felsen im Naturschutzgebiet durch eine größere Abbautiefe wird, ist eine ungeprüfte, offene Frage.

Aktuelles Verfahren

Grundlage des aktuellen Verfahrens ist 2012 die Absicht gewesen, die Abbaufläche im Flächennutzungsplan (FNP) zu verkleinern und im Nordosten fünf Hektar für die Landwirtschaft zu sichern. Doch das Regierungspräsidium Tübingen intervenierte: Der FNP ist ungültig, weil er dem übergeordneten Regionalplan mit seinen Zielen zur Sicherung von Rohstoffen folgen muss. Dagegen hatte die Umweltprüfung schon 2013 erhebliche Einwände formuliert: Durch Sprengungen könnten Gebäude in der Nähe Schäden erleiden.

Erheblich vom Abbau betroffen sind die Schutzgüter Fauna, Flora und biologische Vielfalt des Naturschutzgebietes Kapfhalde „bei einem Abstand von 10 Metern auf ca. 80 Meter und Länge und hangabseitiger Lage“. Ausserdem gibt es einen Konflikt mit wertvollen Siedlungsresten aus der Jungsteinzeit auf 6,22 Hektar.

Öffentlichkeit übergangen

Trotz dieser erheblichen Einwände wird die landwirtschaftliche Fläche von fünf Hektar im Nordosten gestrichen und die bisherige Sicherungsfläche für Rohstoffe in der 32. Änderung des

Regionalplans in ein Vorranggebiet Abbaufläche umgewandelt.

Die Öffentlichkeit wurde nicht frühzeitig informiert, weil die Bürgerschaft



eine Änderung selbst betrieben habe und die Behörden schon beim Regionalplan beteiligt wurden. Jetzt wartet man auf die öffentliche Auslegung nach dem Bescheid des Landratsamts. Sie wird nur kurze Einspruchsfristen zugestehen. Beschönigend heißt es: „Die Änderungen betreffen nur Gebiete, die bereits als Abbau- oder Sicherungsgebiet von Rohstoffen festgelegt sind.“

Erstaunliche Parallelen gibt es zum Vorgehen der Stadt Rottenburg und des Regierungspräsidiums beim Flugfeld Baisingen:

Die Stadt informierte erst den Ortschaftsrats Baisingen nachdem das Aktionsbündnis Flugfeld die mögliche „Umwandlung“ von 46 Hektar in Gewerbegebiet öffentlich gemacht hatte. Dann gab das Regierungspräsidium nach Protest von Ortschaftsrätin Dr. Brambilla bekannt, dass der Ortschaftsrat gar nicht gehört zu werden braucht.

So einfach geht man sowohl über neue Entwicklungen und Erkenntnisse bei der Klimakatastrophe wie auch in der Bevölkerung hinweg! Hauptsache die Gewinne der Firma stimmen.



le passieren müssen. Bisher gab es eine Höchstgrenze von 220 Fahrten, 156 entfallen auf Hirrlingen. Diese Zahl soll künftig auf 240 als täglicher Durchschnitt (!) erhöht werden, d.h. im Fall von Großbaustellen kann sie auch wesentlich höher liegen.

Die Bau-Union will eine „Entlastungsstraße“, die seit Jahren gefordert wird,



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

„Bodenschutz ist Überlebensschutz“

Zuerst zerstören wir die Natur, die Konsequenzen interessieren uns nicht.

Der Mensch braucht zum Überleben Nahrung und diese liefert einzig und alleine unsere Erde. In Deutschland muss schon jetzt die Hälfte unserer Lebensmittel aus fernen Regionen herantransportiert werden.

Der Boden auf dem wir stehen und gehen ist von unschätzbarem Wert, denn Boden schützt das Klima, Boden bindet CO₂. Böden sind der größte globale Speicher für Kohlenstoff - bedeutender als die Vegetation und die Ozeane. Boden hat eine Reinigungsfunktion u.a. beim Eintrag von Schadstoffen aus Industrie und Verkehr. Zudem ist er ein wichtiger Wasserspeicher bei Starkregen.

Extreme Wärmeperioden und schlimme Unwetter werden zunehmen. Die allermeisten von uns wissen das und doch handeln wir nicht danach, allen voran die Mehrheit unserer Entscheidungsträger. Denn der Boden hat keine Lobby und schon gar keine Rechtsverbindlichkeit bei der Raumplanung.

Jüngstes Beispiel direkt vor unserer Haustüre:

Der **Regionalverband Neckar-Alb** hat auf Geheiß der **Stadt Rottenburg** und der **Mehrheit im Gemeinderat** beste Agrarböden wie sie auf dem Flugfeld Baisingen seit Generationen vorhanden sind von einem Vorranggebiet für Landwirtschaft in eine Vorbehaltsfläche umgewandelt. Somit unterliegen diese Flächen keinem Schutz mehr und können als Gewerbegebiet in eine hässliche Hallenlandschaft verwandelt werden, wie es sie schon landauf und landab überall zu sehen gibt.

Unsere wertvollen Böden haben generationenlang für das Überleben der Menschen hier gesorgt und sollen jetzt

einem ungebremsen Wachstums- und Fortschrittswahn geopfert werden. Was nutzt es da, wenn ein Kuratorium den Lössboden zum „Boden des Jahres“ 2021 gekürt hat?!

Unsere **grün-schwarze Landesregierung** empfiehlt zwar eine Zielgröße von drei Hektar Flächenverbrauch pro



Tag, lässt es aber zu, dass tatsächlich fünf Hektar täglich in Baden-Württemberg zugebaut werden.

Im Monitoringbericht des Landes Baden-Württemberg 2020 steht zur Anpassungsstrategie an den Klimawandel unter dem Handlungsfeld Boden: Die vermehrte Ausweisung von Bodenschutzflächen wird gefordert. Getan wird nichts. Es handelt sich ja nur um eine Empfehlung.

Die **Bundesregierung** setzt noch eins drauf und verlängert den Betonparagrafen 13b BauGB, was zur Folge hat, dass jede noch so kleine Gemeinde den Flächenfraß weiter vorantreiben kann um vorrätig Wohnbauland auszuweisen. Denn mit 13b gilt:

- Verzicht auf eine Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichts
- Verzicht auf die Entwicklung des Bebauungsplans aus dem Flächennutzungsplan (FNP)
- Eine sogenannte Ausgleichsfiktion für die Eingriffe in Natur

und Landschaft. Dies bedeutet, dass der Ausgleich bereits vor dem Eingriff als erfolgt gilt.

- Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung wird nicht angewendet. Dadurch werden die von Vorhaben nach 13b zerstörten Funktionen und erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts nicht wiederhergestellt und gehen unwiderruflich verloren.

Auch die Stadt **Rottenburg** begeht diesen Frevel. Gleichzeitig bietet die Stadt als Placebo ein Förderprogramm „Ökologisches Bauen – Energieeffizienz & Artenschutz am Haus“ mit der Begründung an, dies sei ein weiterer Baustein zu nachhaltigen und lebenswerten Städten und Dörfern.

Zuerst zerstören wir die Natur, die Konsequenzen interessieren uns nicht. Aber wir fördern das Aufhängen von Nistkästen. Wie grotesk und armselig ist das denn? Was nützt es unseren Enkeln, wenn sie eine schöne Wohnung haben, aber ein erträgliches Überleben nicht mehr gesichert ist?

Es wird allerhöchste Zeit, dass wir diesen Irrsinn stoppen und nicht weiter an dem Ast sägen, auf dem wir glauben sitzen zu können. Mit jeder Bebauung im Außenbereich gehen lebensnotwendige Ressourcen unwiederbringlich verloren.

Klimaschutz fängt nicht in Glasgow an, sondern direkt vor unserer Haustüre!



Marlene Fischer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Holcim/Dotternhausen vergiftet unsere Lebensqualität

Klimaschutz heißt Schutz von Luft und Flächen für Mensch und Natur

Einen spannenden Vortrag vor über dreißig Interessierten hielten Michael Schilling und Beate Zöld. 20 Bilder und Graphiken öffneten vielen die Augen, die bis dahin nichts über den Zementkonzern Holcim/Dotternhausen, einer Tochter des Schweizer Konzerns mit einem Jahresumsatz von über 21 Milliarden Euro (2020), wussten.

Holcim macht seine Geschäfte nicht nur durch den Abbau von Kalk für die Zementproduktion, sondern zugleich durch die Verbrennung von Giftmüll, der beschönigend als „Ersatzbrennstoff“ bezeichnet wird. Das Gefährliche daran: Die Abgase aus den hohen Schornsteinen ziehen weit über die Schwäbische Alb, Balingen, Rottenburg, Tübingen, Reutlingen. Holcim und das Regierungspräsidium vertuschen die Folgen, die „Grenzwerte“ würden ja eingehalten.

Der Tübinger Lungenarzt Klaus Wild widerlegte dieses Gerede eindrucksvoll: Feinstaub, Stickoxide, Schwefeldioxid, Kohlenstoffmonoxid, Ozon, Schwermetalle, Ultragifte (Dioxine, Furane) werden direkt über die Atemwege und indirekt über Nahrungsmittel aufgenommen und führen zu Atem-

wegserkrankungen, Herz- und Kreislauferkrankungen (Herzinfarkt, Bluthochdruck) bis zu einem erhöhten Krebsrisiko. Dafür sind angebliche „Grenzwerte“ irrelevant.



So spricht die Weltgesundheitsorganisation WHO von 400.000 vorzeitigen Todesfällen durch Luftverschmutzung pro Jahr in der EU. Deshalb muss die Erweiterung des Abbaugebietes auf dem Plettenberg um 20 Hektar verhindert werden.

Das breite „Aktionsbündnis Zement Zollernalb – Tübingen – Reutlingen“ ruft auf zu einer Kundgebung am 13. November um 14 Uhr am Holzmarkt in

Tübingen mit anschließender Demonstration zum Regierungspräsidium unter der Losung „Stoppt die Vergiftung von Mensch und Umwelt durch die Firma Holcim, Dotternhausen“ und fordert unter anderem eine sofortige Erstellung einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung von unabhängiger Seite, keine weitere Ausnahmegenehmigungen für die Giftemissionen, den sofortigen Einbau der aktuellsten und effektivsten Filtertechnologie (SCR/Deconox) mit Fristsetzung sowie einen Stopp der Müllverbrennung bei Überschreiten der Frist.

DIE LINKE ROTTENBURG unterstützt diese Aktion:

Unsere Gesundheit und die unserer Kinder und Enkel darf nicht den Profiten des Holcim-Konzerns geopfert werden.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

„Verschmutzte Luft ist gesundheitsschädlich und erhöht das Risiko für Herz-Kreislauf- und Atemwegs-Erkrankungen. Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Chemie und der Universitätsmedizin Mainz haben in einer neuen Studie berechnet, dass Luftverschmutzung die Lebenserwartung der Menschen im globalen Durchschnitt stärker verringert als Infektionskrankheiten oder andere Herz-Kreislauf-Risikofaktoren wie beispielsweise Rauchen. ... Da die Auswirkungen auf die Gesundheit so enorm sind und die Bevölkerung weltweit betreffen, könnte man sagen, dass unsere Ergebnisse auf eine Luftverschmutzungspandemie hindeuten“, sagt Jos Lelieveld, Direktor am Max-Planck-Institut für Chemie und Erstautor der Studie. ...“

<https://www.mpg.de/14551647/gesundheitsrisiko-luftverschmutzung>



Kundgebung am 13. November um 14 Uhr am Holzmarkt in Tübingen

mit anschließender

Demonstration am Regierungspräsidium unter der Losung



„Stoppt die Vergiftung von Mensch und Umwelt durch die Firma Holcim, Dotternhausen“

„Mission“ verfehlt

„Nichts ist gut in Afghanistan!“

Seit der ersten Ausgabe von „Neues aus dem Neckartal“ im August 2010 beschäftigt uns „Afghanistan“ und auch 11 Jahre später hat die Überschrift nicht an Gültigkeit verloren. „Krieg ist keine Entwicklungshilfe und Bomben wecken kein Vertrauen.“

Wie viel Leid hätte die Einlösung der damaligen Forderung nach sofortigem Abzug der Bundeswehr erspart - den Einsatzkräften und den ihnen ausgelieferten Zivilisten? Welch ein Aufreger war damals das Zitat von Margot Käßmann aus der Neujahrspredigt am 1. Januar 2001 in der Frauenkirche in Dresden: „Nichts ist gut in Afghanistan.“

Immerhin tritt jetzt ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit wie hoch die „humanitären“ Kosten des Krieges waren: 59 Tote Soldaten, unzählige Traumatisierte, Versehrte, zivile Opfer, Opfer anderer Kriegsbeteiligter, Geflüchtete und Vertriebene ...

Was hätte man mit den finanziellen Mitteln bewirken können, die alleine für den militärischen Einsatz aufgebracht wurden? Man sollte mit unvollständigen und geschätzten Zahlen nicht von der Tatsache ablenken, dass Befriedung nur ohne Gewalt geschaffen werden kann, außer man möchte Totenstille schaffen. Von einer Verbesserung der Lebenssituation für die Menschen kann nicht die Rede sein.

Lange wurde vermieden, das Geschehen in Afghanistan als Krieg zu bezeichnen und jetzt vermeidet man von Niederlage zu sprechen. Es ist vollmundig von zu „hoch gesteckten Zielen“ die Rede. Besser wäre einfach zuzugeben, dass der Einsatz von völliger Unkenntnis über die Verhältnisse geprägt war und man sich mit Warlords und korrupten Politmarionetten einließ, man sich willig zum Helfershelfer amerikanischer Interessen machen ließ. Immerhin stellt die Bundeswehr nach den USA das zweitgrößte Truppenkontingent (1 300 Soldaten und Soldatinnen).

Nach dem Abzug der US-Truppen hieß es folglich auch für die Bundeswehr; „Nichts wie weg!“ Widerstandslos fiel Kabul in die Hände der Taliban. Und man hatte es nicht geahnt!

Erinnern wir uns an die offiziellen Ziele des Einsatzes: Krieg gegen den Ter-

ror, Zerschlagung des Netzwerkes Al-Qaeda, Sturz der Talibanregierung.

Von Fehleinschätzungen und von Schwachstellen im Hinblick auf die Prognose bezüglich der Entwicklung wird gesprochen. Eine Reorganisation des Bundesnachrichtendienstes soll Besserung bringen. Die grundsätzliche Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Unterfangen wird wohl nicht gestellt werden. Unwissenheit ist kein Schutz vor schlauerer Feinden.

Sollte der Aufbau einer Infrastruktur erfolgreich gewesen sein, so nutzen sie jetzt die Taliban. Darüber, in wessen Diensten von Bundeswehrgolden geschulte Sicherheitskräfte und Soldaten jetzt stehen, muss nicht gerätselt werden. Zurückgelassenes militärisches

„Wie falsch muss man in der Birne verlötet sein, wenn Bilder vom Parlament einer stabilen Demokratie und davor Fackeln einer demokratischen Armee, die eben eine Armee eben dieses demokratischen Parlaments ist, NS - Assoziationen erzeugt.“

Carlo Masala

Material (Munition, Waffen, Fahrzeuge) und Ausrüstungsmaterial stärkt jetzt die Taliban. Eine sehr gut gerüstete Terrormiliz herrscht in Afghanistan. Was war noch mal das Ziel des Krieges gegen den Terror?

Wieder drückt man sich um eine klare Sprache. Lange war der Einsatz in Afghanistan kein Krieg. Ist es jetzt ein schmachvoller Abzug, eine krachende Niederlage, ein Scheitern, ein Rückzug, ein Desaster, eine sinnlose todbringende Aktion ...?

Sang- und klanglos wollte man doch nicht die „Rückkehr“ der Truppe geschehen lassen. Anlass zu Siegesfeiern und feierlichen Reden gab es wenig. Ein Großer Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude sollte den zwanzigjährigen Einsatz der Truppe würdigen.

Manche wollten ihn als Dank verstehen, andere fragten näher an der Realität: „Was gibt es da zu feiern mit diesem militärischen Mummschanz?“ (Sevim Dagdelen, DIE LINKE) Wieder andere erinnerten an das



militärische Ritual aus Preußen und NS-Zeit (Christian Ströbele, Bündnis 90/Die Grünen). Wieder andere sahen es eher gefühlig: „richtig, würdevoll, bewegend.“ (Omid Nouripour, Grüne) Und auch ein Professor für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr in München hatte eine Meinung, die insbesondere auf sein historisches Verstehen und seine Sprache Rückschlüsse ziehen lässt. (Siehe Kasten.) Die Geschichte des Reichstagsgebäudes beginnt bei ihm wohl erst 1999.

Die Kritik am großen Zapfenstreich wurde mit dem Hinweis gekontert, dass es sich bei der Bundeswehr um eine „Parlamentsarmee“ handle, die ihren Platz inmitten der Gesellschaft habe. Der Sinn dieses Arguments erschließt sich mir nicht.

Im Gegenteil: Es ist umso misslicher, wenn der Einsatz in Afghanistan von der Gesellschaft und dem Parlament getragen wurde. Für welche Art von „Demokratie“ haben denn die Soldaten und Soldatinnen ihr Leben eingesetzt und wie sehen die Folgen dieses Einsatzes aus? Nicht Generäle haben die Verantwortung zu tragen. Es ist das Parlament - der Bundestag - und „seine“ Armee!

Es sollte schleunigst ein kritischer Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr gerichtet werden - nicht nur in Mali.

Warum geht es nicht in die Köpfe, dass Frieden nur ohne Waffen zu schaffen ist, dass Demokratie und Freiheiten, mehr Bildung und Frauenrechte nicht herbeigebombt werden können?

Wann kapierten die Entscheider und Entscheiderinnen (!), dass ein Ausgleich von Interessen und Frieden nur ohne Einsatz von Gewalt erreicht werden kann? Weltweit! Erfolgversprechende Sicherheitspolitik muss anders umgesetzt werden.



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wählertäuschung? - Wahlbetrug? Oder: Opposition ist Mist!

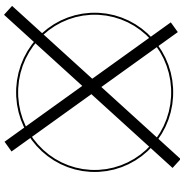
Sie haben doch bei der letzten Bundestagswahl auch gewählt. Oder? - Sie haben die Kandidatin oder den Kandidaten gewählt, die Sie für die geeignetsten hielten. Oder den, den Sie am sympathischsten fanden, weil er so lieb von Plakatwand grinste. Oder den, dessen Partei die am wenigsten dümmlichen Wahlsprüche absonderten. - Und nach der Wahl nimmt ihr Lieblingskandidat sein Mandat nicht an!

Beschönigend wird von Wählerveräppelung gesprochen. Aber da wird niemand veräppelt, da werden Sie verärr... Weniger drastisch: betrogen.

Natürlich kann der Vorgang als respektabler Verzicht zugunsten jünger Parteikollegen dargestellt werden. Aber ist es nicht eher altmaier-schlau und kramp-karrenbauer-raffiniert? Mit 63 bzw. 59 sind die beiden saarländischen Abgeordneten noch nicht fällig für das politische Altenteil. Verpflichtung gegenüber seinen Wählerinnen und Wählern sieht anders aus. Wolfgang Schäuble ist immerhin 79 Jahre alt und bleibt im Parlament. Immerhin sind die Nachrücker auf der CDU-Landesliste mit 38 und 41 Jahren jünger als diejenigen, die verzichtet haben. Man nennt das Generationenwechsel.

Was ist das Motiv, das hinter einem solchen persönlichen Verzicht stecken könnte? Steckt nicht etwas von Gemeinwohlverpflichtung, von Hingabe, ja Aufopferung darin, nichts von Eigensucht und Egoismus.

Aber kann es nicht auch ein Vorwand sein, sich aus der Verantwortung zu stehlen, sich aus dem Staub zu machen?



Zu sehen, dass die Karriere, das Ministeramt verloren geht., dass die Zeit über einen hinweggefegt und der Politiker keine Chancen mehr hat, weiter im Amt zu bleiben, geschweige denn auf den Karriere-treppchen noch eine Stufe höher zu steigen? Das tut weh. Es ist da schon klüger selbst hinunterzusteigen als fürchten zu müssen, von anderen hinuntergestoßen zu werden, auch wenn man sich sicher sein kann, von einem Pöstchen in Wirtschaft und Rüstungs-industrie oder einer parteinahen Stiftung aufgefangen zu werden.

Wenn es einem dann noch gelingt, den Zwangsverzicht als freiwillige gute Tat auszugeben, ist der Edelmut offensichtlich. Oder es wird klar, dass sich da jemand gewaltig verzoockt hat. Aber

weshalb kommt die Einsicht, Jüngeren bereits vor der Wahl Chancen einzuräumen, so spät?

Immerhin hatten die beiden Listenplatz 1 (Kramp-Karrenbauer mit 98,5 Prozent) und 2 (Altmaier mit 94,9 Prozent) inne. Zumindest die CDU des Saarlandes wollte sie im Parlament sehen. Beide verloren ihre Direktmandate in ihren Wahlkreisen. Altmaier verlor gegen Heiko Maas (SPD) und Krampf-Karrenbauer gegen Josephine Ortleb (SPD). Warum haben sich die Ministerboni nicht ausgezahlt? Das Rot der Ampel hat sie ausgebremst.

Ihr Rückzug ist sicher nicht der Erkenntnis von Selbstüberschätzung geschuldet. Immerhin muss Kramp-Karrenbauer nicht als amtierende Ministerin für das Afghanistan-Desaster Rede und Antwort stehen. Ist der hochherzige Mandatsverzicht nicht doch eher Fahnenflucht?

Ich gehe davon aus, dass der Verzicht nur der Einsicht zu verdanken ist: Zuerst das Land, dann die Partei und dann die Person. Oder sind Sie anderer Meinung?

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:
Samstag, 6. November 2021, 10 - 12 Uhr

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:
Samstag, 4. Dezember 2021, 10 - 12 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Donnerstag, 11. November 2021, 19.00 Uhr, Gaststätte Engel,
Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe: 28. November 2021



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg